

Im Fokus: Hauptgewinner des jüngsten Aufschwungs in Deutschland: der Staat

Alle Konjunktexperten sagen, dass Deutschland in den Jahren 2006 und 2007 einen kräftigen Aufschwung erlebt hat. Andererseits ist der Eindruck verbreitet, dass dieser Aufschwung bei den Einkommen der privaten Haushalte nicht angekommen ist. Ein Blick in die Statistiken der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigt, dass der Eindruck nicht aus der Luft gegriffen ist. Der beträchtliche Einkommenszuwachs, den der Aufschwung tatsächlich mit sich gebracht hat, ist nämlich vor allem dem Staat zugute gekommen, zu einem geringeren Teil auch den Kapitalgesellschaften¹ und nur sehr begrenzt den privaten Haushalten. Ein weiterer, aber nicht so gewichtiger Grund dafür, dass sich die Realeinkommen der privaten Haushalte trotz starker Konjunktur schwach entwickelt haben, liegt im starken Anstieg der Importpreise aufgrund der Verteuerung von Rohstoffen, vor allem Erdöl.

Die Größe, mit Hilfe derer ein Aufschwung üblicherweise identifiziert wird, ist der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP), denn es misst die wirtschaftlichen Leistungen im Inland.² Tatsächlich lag

das nominale, also nicht preisbereinigte BIP im Jahr 2007 erheblich höher als zwei Jahre zuvor, nämlich um knappe 8%. Um zu einer Einkommensgröße für Inländer zu kommen, muss dieser Wert um Einkommensströme korrigiert werden, die zwischen In- und Ausländern fließen. Außerdem sind die Abschreibungen abzuziehen. Denn wirtschaftliche Leistungen, die nur der Bestandserhaltung des Kapitalstocks dienen, machen Haushalte und Unternehmen bekanntlich nicht wohlhabender, sondern verhindern nur, dass sie ärmer werden. Nach diesen Korrekturen gelangt man zum nominalen verfügbaren Einkommen der gesamten Volkswirtschaft, und dieses lag 2007 sogar um gut 9% höher als 2005.

Dieses verfügbare Gesamteinkommen teilen sich die drei Hauptsektoren einer Volkswirtschaft, nämlich der Staat, die Kapitalgesellschaften und die privaten Haushalte (welche auch Einzelunternehmer wie selbstständige Landwirte, Handwerker und Freiberufler einschließen). Der Staat zwingt vom Gesamteinkommen einen Teil ab, indem er Steuern und Abgaben erhebt. Diese Einnahmen gibt er teilweise als Transfers und Subventionen an die Privaten zurück, mit dem Rest produziert er öffentliche Güter und erweitert die staatliche Infrastruktur. Der Anteil der Kapitalgesellschaften am verfügbaren Einkommen der gesamten Volkswirtschaft ergibt sich aus den einbehaltenen Gewinnen (nach Steuern). Wie stark

hat der Restposten des verfügbaren Einkommens, nämlich der Anteil der privaten Haushalte, in den vergangenen beiden Jahren zugenommen? Nicht mehr als 3,6%. Der Teil des Gesamteinkommens, der an den Staat fließt, hat sich hingegen um 24,8% erhöht. Bei den Kapitalgesellschaften lag der Zuwachs sogar bei 43,1%. Auf den ersten Blick scheinen damit vor allem sie (oder ihre Eigner) der Masse der privaten Haushalte den Aufschwung „weggeschnappt“ zu haben. Es ist aber zu bedenken, dass Unternehmensgewinne grundsätzlich mit dem Konjunkturzyklus viel stärker schwanken als andere Einkommensarten: Im Aufschwung schießen sie oft hoch, im Abschwung brechen sie häufig ein. Außerdem handelt es sich um eine vergleichsweise kleine Größe. Das wird deutlich, wenn man sich ansieht, wie sich der Anteil der Sektoren am verfügbaren Einkommen der Gesamtwirtschaft verschoben hat: Derjenige der privaten Haushalte sank von 77,1% um knapp vier Prozentpunkte auf 73,1%, der von Kapitalgesellschaften stieg von 3,8% auf 5,0%, also um 1,2 Prozentpunkte, und der des Staates von 19,2% um beträchtliche 2,8 Prozentpunkte auf 21,9%.

Eine wichtige Teilgröße des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte stellen die Nettolöhne und -gehälter dar. Ihr Zuwachs lag noch etwas niedriger, nämlich bei 3,4%. Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil die Zahl der unselbstständig beschäf-

¹ Zu den Kapitalgesellschaften gehören nach dem System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch „Quasikapitalgesellschaften“ wie OHG und KG.

² Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2002): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe S. 22: Inlandsprodukt nach ESVG 1995 Methoden und Grundlagen, S. 29.

Tabelle:

Bruttoinlandsprodukt und verfügbares Einkommen in Deutschland in den Jahren 2005 bis 2007

	BIP	Verfügbares Einkommen			
	<i>in jeweiligen Preisen (Mrd. Euro)</i>				
		Insgesamt	Private Haushalte ^a	Kapitalgesellschaften	Staat
2005	2 245	1 901	1 465	72	364
2006	2 322	1 978	1 494	79	405
2007	2 424	2 075	1 518	103	455
<i>Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</i>					
2006	3,5	4,0	1,9	9,9	11,2
2007	4,4	4,9	1,6	30,1	12,2
<i>Veränderung in %, 2007 gegenüber 2005</i>					
	8,0	9,1	3,6	43,1	24,8
<i>Anteile am gesamten verfügbaren Einkommen</i>					
2005		100	77,1	3,8	19,2
2006		100	75,5	4,0	20,5
2007		100	73,1	5,0	21,9
<i>Veränderung der Anteile in Prozentpunkten, 2007 gegenüber 2005</i>					
		-	-3,9	1,2	2,8
	BIP preisbereinigt mit dem BIP-Deflator		Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ^a preisbereinigt mit dem Deflator der privaten Konsumausgaben		
<i>Verkettete Volumenangaben</i>					
<i>Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</i>					
2006	2,9	-	0,5		
2007	2,5	-	-0,1		
<i>Veränderung in %, 2007 gegenüber 2005</i>					
	5,5	-	0,4		

^a Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Hauptaggregate der Sektoren, Vierteljahresergebnisse ab 1999. Stand: 31. Mai 2008; Berechnungen des IWH.

tigten Inländer im Zuge des Aufschwungs um immerhin 4,2% zugelegt hat. Addiert man zu den Nettolöhnen und -gehältern noch die Transfereinkommen, wie sie etwa Rentner oder Arbeitslose beziehen, kommt man zu den Maseneinkommen. Sie haben von 2005 bis 2007 nominal gar nur um 1,6% zugelegt.

Bisher wurden nur Einkommen zu laufenden Preisen betrachtet. Die Preise sind aber ebenfalls gestiegen. Um eine Vorstellung

von der Entwicklung der Kaufkraft der Einkommen zu bekommen, muss man um den Anstieg des Preisniveaus deflationieren. Dabei ist zu beachten, dass sich die von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Deflatoren je nach Aggregat unterscheiden. In das Preisniveau des BIP gehen etwa auch die Preise von Kapitalgütern ein, und außerdem werden die Effekte des Anstiegs von Importgüterpreisen herausgerechnet. Letzteres bedeu-

tet, dass sich die hohen Ölpreissteigerungen der vergangenen Jahre nicht in einem Anstieg des Deflators für das Bruttoinlandsprodukt niederschlagen. Mit 2,4% fiel der Preisniveauanstieg, gemessen am BIP-Deflator zwischen 2005 und 2007, recht moderat aus. Das bedeutet, dass vom nominalen BIP-Anstieg um knapp 8% preisbereinigt immerhin noch 5,5% übrigbleiben. Will man die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte deflationieren, ist

es sinnvoll, den Deflator der Konsumentenpreise zu verwenden. Schließlich geben die Haushalte ihr Einkommen zum größten Teil beim Kauf von Konsumgütern aus. In den Konsumdeflator fließen die höheren Ölpreise sehr wohl ein. Sein Anstieg fällt vor allem deshalb zwischen 2005 und 2007 mit 3,1% deutlich höher aus als der des BIP. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind, werden sie um diesen Preisanstieg bereinigt, statt um knapp 3,6% nur um 0,4% gestiegen, die Nettolöhne und -gehälter nur um 0,2%, und die Masseneinkommen sind sogar real um 1,5% zurückgegangen.

Alles in allem ergibt sich, dass zwischen dem Zuwachs des preisbereinigten BIP und dem der realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte zwischen 2005 und 2007 eine Lücke von gut fünf Prozentpunkten klafft – und das, obwohl der Zuwachs der verfügbaren Einkommen in der Gesamtwirtschaft noch um einen Prozentpunkt höher lag als der des BIP. Nur 0,8 Prozentpunkte der Lücke sind darauf zurückzuführen, dass das Preisniveau bei

den Konsumgütern stärker angezogen hat als beim Bruttoinlandsprodukt insgesamt. Der Rest erklärt sich daraus, dass die anderen Hauptsektoren ihren Anteil am gesamtwirtschaftlichen Einkommens-Kuchen auf Kosten der privaten Haushalte erhöht haben. So kam knapp ein Fünftel des Zuwachses an verfügbarem Einkommen den Kapitalgesellschaften und über die Hälfte dem Staat zugute. Entsprechend ist es zu einer drastischen Verbesserung der öffentlichen Finanzlage gekommen. Betrug das Budgetdefizit des Staates im Jahr 2005 noch 3,4% in Relation zum nominalen BIP, gab es im Jahr 2007 einen ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalt. Die Gründe für diese Verbesserung waren konjunkturell bedingte Mehreinnahmen, aber auch diskretionäre Maßnahmen. Denn die Entlastung des gesamtstaatlichen Budgets durch den Abbau von Steuersubventionen und die Erhöhung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer überwog deutlich die Belastung durch die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung.

Wer die beschriebenen Entwicklungen bewerten will, möchte bedenken, dass eine aufgrund einbehaltener Gewinne verbesserte Eigenkapitalausstattung der Unternehmen und gesündere Staatsfinanzen langfristig auch den privaten Haushalten zugutekommen. Denn nur von Unternehmen mit einer soliden Ausstattung an Eigenkapital ist zu erwarten, dass sie in Zukunft kräftig investieren und mehr Arbeitsplätze schaffen als abbauen. Gesündere Staatsfinanzen verbessern die Aussichten darauf, dass der Staat künftig seine Aufgaben gut erfüllen kann, ohne die Steuer- und Abgabenquote für die privaten Haushalte erhöhen zu müssen. Allerdings liegt die Vermutung nahe, dass eine Konsolidierung der Staatsfinanzen über die Ausgabenseite jener über die Einnahmen vorzuziehen gewesen wäre. Denn eine günstigere Einkommensentwicklung hätte den privaten Haushalten wohl geholfen, Vertrauen in die Stärke des Aufschwungs in Deutschland zu fassen.

*Axel Lindner
(Axel.Lindner@iwh-halle.de)*